

FDP Bundespartei - Liberale Erfolgspolitik auf einem Blick

Textversion |

Wir kommen voran

Liberale Erfolgspolitik auf einem Blick

Unseren Erfolgen bei den Koalitionsverhandlungen folgten erste Taten: So zum Beispiel die Erhöhung des Kinderfreibetrags oder die Senkung der Erbschaftssteuer. Das bedeutet: Wir halten Wort! Nach der positiven 100-Tage Bilanz werden wir Ihnen an dieser Stelle auch weiterhin die Fortschritte der FDP bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages in einer Übersicht präsentieren.

Wir halten Wort. Klicken Sie sich durch!

- Arbeit und Soziales
- Außenpolitik
- Bildung
- Datenschutz und Bürgerrechte
- Energie- und Umweltpolitik
- Gesundheitspolitik
- Innen- und Rechtspolitik
- Steuersenkungen und Entlastungspolitik

Arbeit und Soziales

- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 18 Monate
 - Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen qualifizierter Beschäftigter
- Stabilisierung der Sozialsysteme durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise
 - Beitragsätze zur Sozialversicherung bleiben stabil. Die Bundesagentur für Arbeit erhält einen Zuschuss von 16 Milliarden Euro und die gesetzlichen Krankenkassen erhalten einen weiteren Zuschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Euro

- Erhöhung des Schonvermögens beim ALG II
 - Schonvermögen für die private Altersvorsorge von ALG-II-Beziehern (HartzIV) von 250 auf 750 Euro/Lebensjahr erhöht. (Verfahren voraussichtlich Ende März abgeschlossen)
- Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligung an Unternehmen (Kabinettsentwurf)
 - Arbeitnehmer sollen sich künftig jährlich mit bis zu 360 Euro ihres Entgeltes steuer- und abgabenfrei am Kapital ihres Arbeitgebers beteiligen können
- Optimierung der Jobcenter (Eckpunktepapier)
 - Die Entfristung des Optionsmodells, so dass die eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung von bisher 69 Kommunen fortgesetzt werden kann
 - Die Ausweitung dieses Modells auf weitere Kommunen, die zur Übernahme dieser Aufgabe bereit und in der Lage sind
 - Das kooperative Steuerungsmodell, bei dem Zielvereinbarungen zu möglichst effektiver Zusammenarbeit führen werden
 - Die zeitnahe Eingriffsmöglichkeit des Bundes, wenn der effiziente Mitteleinsatz gefährdet scheint
- Weiterentwicklung der Arbeitsmarktreformen vorgestellt. Modelle für die Anhebung der Zuverdienstgrenzen für Bezieher von Arbeitslosengeld II (Thesenpapier)
 - Für Kinder neben Geldzahlungen auch Sachleistungen einzuführen, etwa Gutscheine für Schulessen
 - Jugendliche in Hartz-IV-Familien Einnahmen etwa aus einem Ferienjob behalten können
 - Für die Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern will die FDP regional gestaffelte Pauschalen
 - Bei den Zuverdiensten werden in der FDP zwei Modelle diskutiert. Bei der ersten Variante dürften Hartz-Bezieher 40 statt derzeit 20 Cent von jedem Euro Zuverdienst über einem Grundfreibetrag von 100 Euro behalten. Im zweiten Modell würden die ersten 200 Euro bis auf einen auf 40 Euro reduzierten Grundfreibetrag voll vom Arbeitslosengeld II abgezogen. Derzeit kann ein Hartz-IV-Bezieher von 200 Euro Zuverdienst 120 Euro behalten. Im FDP-Konzept bliebe von höheren Verdiensten mehr übrig: 40 Prozent vom Zuverdienst zwischen 200 und 400 Euro, und sogar die Hälfte des Zuverdienstes zwischen 400 und 1000 Euro

Außenpolitik

- Neues Afghanistan-Konzept
 - Stärkung des zivilen Ansatzes: Die Entwicklungshilfe für Afghanistan wird verdoppelt; Die Zahl der deutschen Ausbilder für die afghanischen Polizei- und Militärkräfte wird drastisch erhöht; Die Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung soll ab 2011 beginnen und bis 2014 vollständig erfolgt sein

- Abzug der deutschen Marine vor der Küste Libanons zum 30.06.2010
 - Ende des Einsatzes im Rahmen UNIFIL auf Drängen der FDP
- Mehr Einsatz für Menschenrechte weltweit
 - u.a. Die Einhaltung der Menschenrechte stärker als bisher auch in die Entscheidung über Gewährung von Entwicklungshilfe zu knüpfen; Mehr Haushaltsmittel für die Einhaltung von Menschenrechten im BMZ

Bildung

- Zusätzliche Investition von 12 Milliarden Euro für Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen
 - u.a. frühkindliche Bildung, berufliche Bildung, Hochschulen, Bafög-Erhöhung, nationales Stipendienprogramm
- 750 Millionen Euro für die Verbesserung der Qualität der Lehre an Hochschulen
- Bessere Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Berufsabschlüsse aus dem Ausland (Eckpunktepapier)
 - Meilenstein für die Integration von Migranten und int. Studienaustausch

Datenschutz und Bürgerrechte

- Verbesserter Datenschutz beim Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA)
 - Nun werden nur noch solche Arbeitnehmerdaten gesammelt, die zwingend erforderlich sind, um die Beantragung von Sozialleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen
- Neuverhandlung SWIFT-Abkommen mit den USA
 - Auf Drängen der FDP wurde das SWIFT-Abkommen über den Austausch von Bankdaten mit US-Sicherheitsbehörden neu verhandelt, für mehr Datenschutz und Rechtssicherheit deutscher Bürger. Folge: SWIFT wurde gekippt: Bankdaten der EU-Bürger dürfen nicht ohne weiteres von US-Ermittlern eingesehen werden
- Netzwerksperren. Auf Grundsatz „Löschen statt Sperren“ verständigt
 - Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalt sollen gelöscht werden. Um gegen kinderpornographische Inhalte auf ausländischen Seiten vorzugehen, setzen die Liberalen auf enge Zusammenarbeit mit der Internetbeschwerdestelle "INHOPE"
- Enquête-Kommission nimmt Arbeit auf

- Liberale Handschrift durchgesetzt. Fragen der Grundrechte und des Persönlichkeitsrechtes in der digitalen Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt gerückt
- Drei Jahre lang wird die Kommission gemeinsam mit externen Fachleuten die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Weg in eine digitale Gesellschaft erarbeiten

- Vorratsdatenspeicherung verhindern. Das Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichtes bestätigte Einwände der Liberalen
 - Justizministerium erarbeitet einen Gesetzesentwurf zur Speicherung von Telekommunikationsdaten zu erarbeiten

- Gesetz für einen besseren Schutz von Journalisten und deren Informanten
 - Ergänzung des Paragraphen 353b des Strafgesetzbuches. Zukünftig wird ein neuer Absatz die Anwendung der 'Beihilfe zum Geheimnisverrat' ausschließen
 - Beschlagnahmung bei Medienangehörigen durch eine Änderung der Strafprozessordnung erschwert

Energie- und Umweltpolitik

- Gründung der Nordsee-Offshore-Initiative aller EU-Nordseeanrainerstaaten auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums
 - Die Stromnetze sollen modernisiert und umgestaltet werden, so dass die Offshore-Stromerzeugung zu einem Meilenstein auf dem Weg in das regenerative Zeitalter werden kann

- Förderung Elektromobilität
 - Gründung einer gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität – Ziel: 1 Million Elektroautos bis 2020 in Deutschland

- Verlängerung und Ausweitung der Rußpartikelfilter-Förderung
 - Alte Regelung wäre zum 31.12.2009 ausgelaufen

- Steuererhöhung für Biokraftstoffe gestoppt
 - Verhinderung der von Schwarz-Rot beschlossenen Steuererhöhung für Rein-Biokraftstoffe zum 01.01.2010; Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde zum 01.01.2010 die Sondersteuer auf Rein-Biokraftstoffe auf dem Stand des Jahres 2009 eingefroren

- Förderung von Biogasanlage über das Erneuerbare-Energien-Gesetz
 - Rückwirkende Wiederaufnahme in Förderung durch EEG und damit Rücknahmen der Position der schwarz-roten Vorgängerregierung

- Überförderung von Photovoltaikanlagen gestoppt. Wettbewerbshemmnis Übersubvention ausgeräumt, damit sich die effizienteste Technologie durchsetzen kann
 - Vergütung für eingespeisten Solarstrom wird ab dem 1. Juli 2010 bei Dachanlagen um 16 Prozent, bei Freiflächen um 15 Prozent sinken. Anlagen auf Ackerflächen sollen keine Förderung mehr erhalten. Bereits bestehende Anlagen sind von der Kürzung nicht betroffen. Die Regelung soll bald im Kabinett beraten werden

Gesundheitspolitik

- Einsetzung der Regierungskommission zur Überführung des bestehenden Ausgleichssystems in einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge und einen sozialen Ausgleich

Innern- und Rechtspolitik

- Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung
 - Gleichstellung von Rechtsanwälten und Strafverteidigern mit einheitlichem Schutz vor staatlichen Ermittlungsverfahren (Aufhebung der vormaligen Unterscheidung zwischen Anwalt und Strafverteidiger)
- Wehrdienstverkürzung. Neues Wehrpflichtmodell (W6) sogar ein Quartal vor dem geplanten Termin umsetzbar
 - Liberale bringen durch hohe Eigeninitiative Tempo in die Ausarbeitung mit eigenem Eckpunktepapier. Zur attraktiven Gestaltung der Wehrdienstpflicht sollen die Pflichtigen nach drei Monaten Grundausbildung bis zu zwei Praktika zur Spezialisierung in den Teilstreitkräften absolvieren
- Gesetz für einen besseren Mandantenschutz
 - Rechtsanwälte und ihre Mandanten sind künftig umfassender vor staatlichen Überwachungsmaßnahmen geschützt
 - Die freie und ungehinderte Kommunikation des Mandanten mit allen seinen Anwälten - nicht nur mit seinem Strafverteidiger - soll künftig von staatlicher Ausforschung ferngehalten werden

Steuersenkungen und Entlastungspolitik

- Entlastung von Familien um insgesamt 4,6 Milliarden Euro
- Haushaltseinsparungen: Der Bund wird 5,6 Milliarden Euro weniger im Haushaltsjahr 2010 ausgeben, als von der Vorgängerregierung eingeplant war
- Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro auf mindestens 184 Euro zum 01.01.2010
 - Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden um 4,2 Milliarden Euro entlastet

- Erhöhung des Kinderfreibetrages um 1.000 Euro auf 7.008 Euro zum 01.01.2010
 - Familien werden dadurch um 400 Millionen Euro entlastet
- Die Erbschaftsteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen ist gesunken
 - Je nach Umfang der Erbschaft liegt der Steuertarif bei 15 bis 43 Prozent. Bisher waren es – wie bei Nichtverwandten – 30 bis 50 Prozent
- Wachstumsbremsen für Unternehmen gelöst
 - Sofortabschreibung bis 410 Euro Anschaffungswert; mittelständische Unternehmen können Zinsaufwendungen besser steuerlich geltend machen; Unternehmen können Verluste wegen wirtschaftlicher Sanierungen steuerlich wieder besser geltend machen
- Verbesserte Nachfolgeregelungen für Unternehmen
 - Für Familienunternehmen gibt es Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer
- Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungsleistungen auf sieben Prozent
 - Wettbewerbsverzerrung für das deutsche Hotelgewerbe beseitigt, in der zu 95% mittelständisch geprägten Branche Beschäftigung Ausbildungsplätze und Investitionen gesichert
- Sonderprogramm für die Landwirtschaft
 - 750 Millionen Euro zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe